

## 1. Mai 2017: DGB Treuchtlingen

*„Wir sind viele. Wir sind Eins“*

**Viel erreicht und noch viel vor: Unsere sozialen Errungenschaften und wie wir sie weiterentwickeln sollten**

Dieser 1. Mai 2017 fällt in ein besonders bewegtes und bewegendes Jahr

- Vor 125 Jahren fand der 1. Kongress der freien Gewerkschaften in Halberstadt in Thüringen statt.
- Vor 70 Jahren wurde der Bayrische Gewerkschaftsbund gegründet - als **Einheitsgewerkschaft** nach den bitteren Lehren und dem hohen Blutzoll im Nationalsozialismus auch als Folge einer in der Weimarer Republik gespaltenen Gewerkschaftsbewegung
- Vor 60 Jahren war mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge die Geburtsstunde der Europäischen Union.
- Und in nicht einmal mehr 4 Monaten ist die Wahl des nächsten deutschen Bundestages.

Das Motto unserer 1.Mai Feiern in diesem Jahr ist nicht nur Erinnerung an unsere Vergangenheit, sondern vor allem auch Programm für die Zukunft:

***Wir sind viele. Wir sind eins.***

Unsere Erfolge bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Arbeitnehmer und ihre Familien sind maßgeblich erkämpft

- mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft und dem
- tatkräftigen Engagement sowie Einsatz unserer Mitglieder.

Daran zu erinnern ist an diesem 1. Mai 2017 dringend erforderlich.

### **Spaltung der Gesellschaft**

In jüngster Zeit sind die **Gefährdungen** von Sozialstaat, Demokratie und einem friedlichen Zusammenleben erheblich gewachsen.

Sei es die **Spaltung** in unserer Gesellschaft mit einer weiteren Konzentration von Vermögen und Reichtum einerseits sowie Niedriglöhnen, Armut bei Arbeit und im Alter sowie bei öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur andererseits.

Oder die Aushöhlung von Tarifpolitik, Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung.

Aber auch die Einschränkungen der solidarischen Sozialversicherungssysteme und somit die Privatisierung der existenziellen sozialen Lebensrisiken;

Gravierende Defizite bei Bildung und Ausbildung zu Lasten der sozial Schwächeren und damit der sozialen Spirale nach unten

### **Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens**

Aber gerade als Gewerkschaften dürfen wir die Augen nicht davor verschließen

In nur wenigen Jahren sind wir in gewaltige Turbulenzen geraten.

und zwar auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene.

Dabei erschreckt mich ganz besonders

- die massive Gefährdung durch zunehmende Kriegshandlungen in immer mehr Krisengebieten
- das Erstarren rechtsradikaler gesellschaftlicher und politischer Strömungen
- und die Gefährdung demokratischer Strukturen durch diktatorische Veränderungen in verschiedenen Staaten

Dabei geht es schon längst nicht mehr alleine um die militärischen und politischen Rückschläge des zaghaften „demokratischen Frühlings“ im Nahen und Mittleren Osten

- vor allem mit dem verheerenden Bürgerkrieg in Syrien, aber auch in Afghanistan, dem Libanon, Irak, Iran, Ägypten,
- oder in Afrika mit Gewalt, Hunger, Elend und Bürgerkriegen
- oder den gefährlichen Machtdemonstrationen von Nordkorea mit seinem unberechenbaren und skrupellosen Herrscher.

Vielmehr breiten sich gefährliche Aggressionen gerade bei den militärischen **Großmächten** aus:

War es zunächst Putin mit seiner Annexionspolitik zur Wiederherstellung des „sowjetischen Reiches“

So ist der neue US Präsident Donald Trump damit angetreten, die USA in einen gefährlichen Isolationismus führen zu wollen.

Erschreckend sind ebenfalls die diktatorischen Veränderungen in der Türkei unter seinem immer skrupelloser agierenden Machthaber Präsident Recep Tayyip Erdogan. –

jetzt auch legitimiert durch den knappen Sieg des Referendums zur Einführung einer Präsidentialverfassung

### **Desintegration und Rechtsruck in der EU**

Aber auch in der EU wachsen die Tendenzen des nationalen Egoismus - nicht nur bei den unbewältigten Finanzkrisen, sondern gerade auch in der Flüchtlingspolitik.

Dabei sind es nicht nur die **mittel- und osteuropäischen** Staaten, die sich der dringend erforderlichen Solidarität verweigern,

Vielmehr gibt Großbritannien mit dem **Brexit** hierzu eine besonders gefährliche Vorlage

Oder die erstarkenden rechtsradikalen, fremdenfeindlichen Tendenzen in **Frankreich** vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen, wenn der Griff von Le Pen nach der Präsidentschaft auch gerade noch einmal abgewehrt zu sein scheint

Aber auch in den **Niederlanden**, wo die Rechtsradikalen mit Geert Wilders bei den jüngsten nationalen Wahlen nicht zum Zuge kamen,

oder in **Österreich**, wo der Spitzenkandidat der FPÖ bei den kürzlichen Wahlen um die Präsidentschaft gerade noch einmal verhindert werden konnte

und auch in den **skandinavischen** Ländern, wo die rechtsradikalen Parteien Zulauf erhalten.

## **Rechtstendenzen in Deutschland**

Politische Rechtstendenzen erstarken auch in der Bundesrepublik

-Zu nennen sind hierbei die **Pegida** Bewegungen zunächst in Ost und dann auch in einigen Städten von Westdeutschland- als Bürgerbewegung gegen die Aufnahme der Flüchtlinge, die allerdings mit dem Rückgang der Flüchtlingszuwanderungen erheblich abgeflaut ist

- oder sehen wir den unerwartet starken Zuwachs der **AFD** bei den jüngsten Landtagswahlen

und den voraussichtlichen Einzug in den nächsten Deutschen Bundestag,

wobei allerdings der Höhepunkt der politischen Unterstützung überschritten zu sein scheint- infolge der rückläufigen Flüchtlingszahlen und den personellen Machtkämpfen wegen unbewältigter **nationalsozialistischer** Tendenzen in den eigenen Reihen

## **Zukünftige Herausforderungen für die Gewerkschaften**

Die Bekämpfung der rechtsradikalen Tendenzen auch in der Bundesrepublik steht ganz oben auf unserer gewerkschaftlichen Agenda.

Dabei müssen gerade die Gewerkschaften die Sorgen und Ängste der Menschen, und damit auch vieler ihrer Mitglieder ernst nehmen

Vor allem gibt es immer mehr Menschen, die nicht nur vom wachsenden Wohlstand abgehängt sind

Sondern trotz harter Arbeit in der Spirale von Niedriglöhnen bis zu Armut bei Arbeit und später dann auch im Alter stecken bleiben

Gleichzeitig können sie tagtäglich verfolgen, wie sich die Topmanager von Großunternehmen die Taschen voll stopfen – auch wenn sie nachweislich grobe Fehler mit verheerenden Auswirkungen für viele Menschen oder die Umwelt machen.

Es ist doch geradezu empörend, dass das Gehalt für den Vorstandsvorsitzenden von VW mit einer Obergrenze von 10 Millionen Euro einen Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit darstellen soll.

Und selbst darüber wird noch auf höchster Ebene von Wirtschaft und Politik gestritten.

Eine erfolgreiche Bekämpfung rechtsradikaler Tendenzen, gesellschaftlicher Bewegungen und Parteien erfordert

**Die soziale Balance auch in der Bundesrepublik muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.**

Im Zuge der Verbesserung der Weltkonjunktur seit 2010 konnte die Bundesrepublik mit der spürbaren Verbesserung der Beschäftigung und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit einen wirtschaftlichen und finanziellen Spitzenplatz in der EU einnehmen.

Auch dazu haben wir als Gewerkschaften mit unserer Tarifpolitik, Mitbestimmung und Sozialpolitik unseren Beitrag geleistet.

Bereits von einem Zweiten Wirtschafts- und Beschäftigungswunder zu sprechen - wie dies aus Kreisen von Wirtschaft und Politik zu hören ist - muss jedoch für viele Arbeitnehmer eher wie Hohn klingen.

Allerdings haben die erheblichen Veränderungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auch die Herausforderungen für die Gewerkschaften verschärft.

Zu nennen sind vor allem Globalisierung, Digitalisierung, Demographie – aber auch die Veränderungen in den Lebensinteressen der Menschen.

Die Folgen sind gravierende Strukturumbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft  
Überlagert werden diese sozialen Ungerechtigkeiten durch die unbewältigte Flüchtlingskrise.

Dabei geht es weniger um das Ausmaß der Zuwanderungen, als vielmehr ihrer Kontrolle und vor allem eine faire Verteilung und menschenwürdige Integration.

Mit großem Interesse habe ich in dem Gutachten von Dominik Feldmann zur Geschichte des bayrischen Gewerkschaftsbundes gelesen, dass gerade der BGB einen wesentlichen Beitrag zu einer humanen Aufnahme von Millionen Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet hat.

Das soziale Engagement der Gewerkschaften hierbei wird auch jetzt und in den kommenden Jahren gefordert.

Allerdings mit erheblich größeren Herausforderungen, da es sich bei den jetzt zugewanderten Flüchtlingen vor allem um Menschen aus völlig anderen Kultur- und Sprachkreisen handelt.

### **Gegenkonzepte der Gewerkschaften**

Wir müssen den „braunen“ Anfängen wehren, wo immer sie erkennbar sind.

Dabei ist die beste Gegenwehr der wirksame Einsatz für: Aufklärung, Bildung, Ausbildung, gute Arbeit sowie humane Arbeits- und Lebensbedingungen.

Vor allem müssen wir dem Schüren von Konflikten und Neidkomplexen zwischen Jüngeren und Älteren sowie den sozial Schwächeren und den Flüchtlingen überzeugende Gegenkonzepte entgegenhalten.

### **Mindestlohn durchsetzen**

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro ist uns ein wichtiger Schritt bei der Reregulierung auf dem Arbeitsmarkt gelungen.

Vom Mindestlohn werden zwischen 3 und 4 Millionen Arbeitnehmer, vor allem Frauen profitieren, die bisher zu teilweise erheblich niedrigeren Löhnen arbeiten mussten.

**Jetzt kommt es darauf an, die vielfältigen Umgehungen einzelner Arbeitgeber bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu unterbinden und seine Durchlöcherung zu verhindern.**

Dies gilt auch für die Verweigerung des Mindestlohnes für etwa 400 000 Jugendliche sowie 1 Million Langzeitarbeitslose in den ersten 6 Monaten ihrer Beschäftigung.

Ausnahmen gelten ebenfalls für Hunderttausende von Praktikanten, Saisonarbeitskräften, Zeitungszustellern und ausländischen LKW Fahrern.

Besonders gefährlich wäre es, wenn jetzt auch die **Flüchtlinge** vom Mindestlohn ausgenommen werden, wie es Plänen der Bundesregierung entspricht.

Gerade dies würde die Konkurrenz um die geringer qualifizierten Arbeitsplätze und die Neidkomplexe der sozial Schwächeren gegenüber Flüchtlingen und Migranten weiter anheizen.

Erforderlich ist vielmehr eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes für alle über die seit 1.1.2017 geltenden 8,84 Euro hinaus

Ein Mindestlohn, der vor Armut bei Arbeit und in der Rente schützt, müsste mindestens 11,80 Euro betragen.

### **Reregulierung des Arbeitsrechts**

Weitere Schritte der Reregulierung auf dem Arbeitsmarkt müssen dringend folgen.

Die ausufernde **befristete** Beschäftigung muss wieder auf das Vorliegen eines sachlichen Grundes beschränkt werden.

Wenn ein großer Teil der Neueinstellungen nur noch befristet erfolgt, ist unser Arbeits- und Sozialrecht auf den Kopf gestellt.

Der Kündigungsschutz - für die Wirtschaft schon längst ein Dorn im Auge- wird damit faktisch ausgehebelt.

Wir wissen doch, dass Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen vielfach gar nicht in der Lage sind, die ihnen zustehenden Löhne, sonstigen Leistungen und Rechte überhaupt durchzusetzen.

Sie fürchten zu Recht, ihre Arbeit zu verlieren oder aus dem Job gemobbt zu werden.

Die Bundesregierung ist darüber hinaus gefordert, endlich den vielfältigen Missbräuchen bei **Leiharbeit** und **Werkverträgen** einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben.

### **Minijobs-Ersatz durch reguläre Beschäftigung**

Für Frauen besonders wichtig ist die Umwandlung der explodierenden Minijobs auf inzwischen weit über 7 Millionen, davon zwei Drittel für Frauen, in reguläre Teilzeit- und Vollzeitarbeit.

Die „Unkultur“ der Minijobs ist eine der wesentlichen Ursachen für Armut bei Arbeit und im Alter vor allem für Frauen.

Besonders betroffen davon sind die alleinerziehenden Frauen mit 40 Prozent Anteil an den Hartz IV Empfängern und entsprechend einem hohen Anteil in der Grundsicherung.

Dabei gibt es keinen Zweifel:

**In kaum einem Bereich ist der Handlungsbedarf so groß wie bei den Minijobs**

und gleichzeitig ist die **Blockade** in Politik, bei den Tarifparteien und der Gesellschaft insgesamt so hartnäckig.

Nach Abzug von Schülern, Studenten und Rentnern arbeiten 80 Prozent der Minijobber/innen zu Niedriglöhnen.

Zwei Drittel der Minijobber/innen wollen länger arbeiten und natürlich auch mehr verdienen.

Die Bundesregierung ist dringend gefordert, die Minijobs durch reguläre Teilzeit und Vollzeit mit Sozialversicherungspflicht zu ersetzen.

Und vor allem darauf zu achten, dass der Mindestlohn und das Arbeitsrecht nicht durch Minijobs ausgehöhlt wird.

Es ist ein wichtiges Argument für und nicht gegen den Mindestlohn, dass seit seiner Einführung die Zahl der Minijobs um 250 000 zurückgegangen und die Zahl der regulären Arbeitsverhältnisse weiter ansteigt.

Nur noch als **Skandal** ist es zu bezeichnen, wenn in einem Gutachten der Hans Böckler Stiftung festgestellt wird, dass der gesetzliche Mindestlohn für etwa die Hälfte der Minijobber/innen unterwandert wird.

**Arbeitslosenversicherung muss wieder zur Regel werden**

SPD Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender Martin Schulz hat mit seinen Forderungen nach Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer einen besonders wunden Punkt angesprochen.



So ist es nicht vertretbar, dass nur noch im Schnitt ein Drittel der Arbeitslosen ALGI beziehen, obwohl alle Arbeitnehmer grundsätzlich in die Pflichtversicherung bei Arbeitslosigkeit ihre Beiträge einzahlen müssen.

Die Wiederherstellung einer funktionsgerechten Arbeitslosenversicherung ist kein Almosen des Staates,

sondern ein Anspruch der Arbeitnehmer, der allerdings durch ständige gesetzliche Verschlechterungen, letztlich vor allem Hartz IV , zur Restgröße zu Lasten der Arbeitslosen degradiert wurde.

Der Gesetzgeber ist dringend aufgefordert, wieder eine funktionsfähige Arbeitslosenversicherung herzustellen

-durch Herabsetzung der willkürlich aufgebauten Hürden beim Zugang

-sowie der Heraufsetzung bei der Dauer der Zahlungen

So notwendig die Verbesserung der beruflichen Qualifizierung auch ist, darf die überfällige Verlängerung der Arbeitslosenversicherung nicht daran geknüpft werden.

### **Rente muss zum Leben reichen**

Erstmals seit 3 Jahrzehnten ist es gelungen den Trend der ständigen Verschlechterungen bei der Rente nicht nur anzuhalten, sondern ihn umzudrehen.

Die 63er Regelung und die Mütterrente sind Verbesserungen, vor allem für die betroffenen Menschen.

Allerdings ist nicht vertretbar, dass die Ausgaben hierfür von etwa 10 Mrd. Euro im Jahr von den Beitragszahlern selbst aufgebracht werden müssen.

Dies sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die auch über Bundessteuern finanziert werden müssen.

Schritte in die richtige Richtung sind auch die gerade beschlossene Hochwertung bei den Erwerbsminderungsrenten.

Allerdings bleiben erhebliche Pferdefüße:

Zum einen gelten diese leichten Verbesserungen nur für Neuernder/innen und nicht denjenigen, die bereits Erwerbsminderungsrenten beziehen

Zum anderen bleiben die **Abschläge** bei vorzeitigem Eintritt bestehen.

Dies ist eine schreiende Ungerechtigkeit:

Die Inanspruchnahme einer Erwerbsminderungsrente ist eine bittere Folge gesundheitlicher Einschränkungen- häufig durch die belastenden Tätigkeiten selbst verursacht.

Die Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten sind daher dringend abzuschaffen.

Unseren DGB Forderungen entspricht auch die endlich beschlossene Herstellung der Anpassung der **Ostrenten** an das Westniveau.

Allerdings sind die jetzt vorgesehenen Zeitfristen bis 2025 –mithin 35 Jahre nach der Deutschen Einheit-unvertretbar lang.

### **Gesetzliche Altersrente-Sicherung des Lebensstandards**

Im Mittelpunkt unserer gewerkschaftlichen Rentenpolitik muss jedoch stehen, **ein Rentenniveau, wiederherzustellen, das maßgeblich den Lebensstandard sichert.**

**Dazu sind die willkürlichen Kürzungsfaktoren der Riester- und Rürup Reformen aus der gesetzlichen Rentenformel zu streichen.**

An Stelle der milliardenschweren Subventionierung privater kapitalgedeckter Zusatzrenten sollte eine Aufstockung der gesetzlichen Altersrenten gefördert werden.

Gleichzeitig muss die gesetzliche Deckelung der Beiträge und damit die Aushöhlung der paritätischen Finanzierung aufgehoben werden.

Die Behauptungen, der Abbau des Rentenniveaus sei infolge der Demographie „alternativlos“, werden auch durch ständiges Wiederholen nicht richtiger.

Schon jetzt müssen Arbeitnehmer infolge der gesetzlichen Deckelung der Beiträge von 20 Prozent 2020 und 22 Prozent 2030 einen um 4 Prozent höheren Beitrag für die Riesterrente leisten, wenn sie eine auskömmliche Rente haben wollen.

### **Alternativlos ist die Wiederherstellung der paritätisch finanzierten gesetzlichen Altersrente.**

Dann kann auch ein auskömmliches Rentenniveau mit vertretbaren Steigerungen der Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer geleistet werden.

Ebenso können die sozialen Ungerechtigkeiten der Rente mit 67 sowie der Abschläge bei Erwerbsminderung abgeschafft

und langjährigen Geringverdienern armutsfeste Renten gezahlt werden.

### **Solidarische Altersrente für alle Erwerbstätigen**

Unabdingbar ist weiterhin die Verbreiterung der Solidarität auf alle Erwerbstätigen,

durch Einbeziehung auch höherer Einkommen, Wiedereinführung der Beiträge für Langzeitarbeitslose, Abschaffung der Zwangsverrentung für ALGII Empfänger.

Der **DGB** muss mit seiner Kampagne zur Bekämpfung der Altersarmut vor allem deutlich machen:

**Hierbei geht es nicht um einen Generationenkonflikt,**

**sondern um eine weitere Variante des Verteilungskampfes um materielle Ressourcen, Zukunftschancen und politischen Einfluss.**

### **Tarifautonomie muss erhalten bleiben**

Bei der anstehenden Auseinandersetzung um das Tarifautonomiestärkungsgesetz darf keine der beiden Kontrahenten auf der Gewerkschaftsseite ihre Macht ausspielen

- weder die großen Industriegewerkschaften mit ihrer Überlegenheit in Organisation, Personal, Finanzen, und politischem Einfluss

- noch die Spartengewerkschaften für eine kleine durchsetzungsfähige Berufsgruppe zu Lasten der übrigen betroffenen Arbeitnehmer und wesentlicher Leistungen in der Gesellschaft.

Beiden Seiten muss der Gesetzgeber gemäß der Tarifautonomie im Grundgesetz die Luft zum Atmen und damit das Streikrecht unangetastet belassen.

Tarifautonomie bedeutet, dass die Arbeitnehmer mit ihren Mitgliedsbeiträgen entscheiden können müssen, welcher Gewerkschaft sie ihre Löhne und Arbeitsbedingungen und damit einen großen Teil ihrer materiellen Existenz anvertrauen.

Dies ist eine existenzielle Herausforderung, der sich auch und gerade die Einheitsgewerkschaft stellen muss.

### **Schlussbemerkungen**

Erhaltung und Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaates sind die beste Gegenwehr gegen eine weitere Spaltung der Gesellschaft und damit auch den Rechtstendenzen in Gesellschaft und Politik.

Und damit die beste Politik für die gewaltigen Herausforderungen für die Zukunft einer menschlichen, friedlichen und demokratischen Gesellschaft.

Die Eckpfeiler des Sozialstaates – Tarifautonomie, Soziale Sicherung, humane Arbeit – haben nur dann eine Zukunft, wenn es gelingt, einen Paradigmenwechsel bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen, Arbeitsbedingungen sowie Arbeits- und Lebenschancen einzuleiten.

Dazu gehört auch eine gerechte Steuerpolitik mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, einer wirksamen Erbschaftssteuer, einer sozial gerechten Einkommenssteuer durch Entlastung der mittleren Einkommensbezieher und Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes und nicht zuletzt der Aufhebung der verminderten Besteuerung von Kapitalerträgen.

Zielsetzung zukünftiger Gewerkschaftspolitik muss die gleichberechtigte Teilhabe aller Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft sein.

Dazu ist ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften in Zukunft mindestens so unabdingbar wie in der Vergangenheit.

Knapp vier Monate vor den nächsten Bundestagswahlen kann ich von hier aus nur die dringende Empfehlung aussprechen: Nehmt Euer Wahlrecht wahr und überlasst die politischen Weichenstellungen nicht den Radikalen.

Nutzt alle Gelegenheiten, die Bewerber und Bewerberinnen um die Bundestagsmandate mit unseren Gewerkschaftsforderungen zu konfrontieren und dann zu entscheiden, welche Kandidaten und Parteien hierzu am ehesten bereit und in der Lage sind.